



**BERNHARD
SEIDENATH** 
Für das Dachauer Land
im Landtag

Newsletter

Donnerstag, 12. Juli 2012

Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat Juni informieren.

Über die **Regierungserklärung** unseres Kultusministers Dr. Ludwig Spaenle **zur Bildungspolitik in Bayern** unter der Überschrift „Qualität und Gerechtigkeit – Der bayerische Weg“ konnte ich Ihnen/Euch schon in meinem letzten Newsletter berichten.

Ebenso bin ich in meinem letzten Newsletter bereits auf die Folgen und Schlussfolgerungen aus dem **Münchner Bürgerentscheid zur Dritten Start- und Landebahn am Flughafen München – Franz Josef Strauß** eingegangen. Die Art und Weise, wie dieser Bürgerentscheid in beiliegendem Text kommentiert wird, verdeutlicht Ihnen/Euch beredt, wie schwierig es ist, in der Fraktion mit den Argumenten der Anwohnerinnen und Anwohner des Flughafen-Umfeldes durchzudringen. Auch dies wird sich aber in der Folge des Bürgerentscheids vom 17. Juni in der Landeshauptstadt ändern: die Vorschläge und Mahnungen der Stimmkreisabgeordneten aus Freising, Erding und Dachau werden in der Fraktion künftig stärker und genauer gehört werden.

Aktuell das bestimmendste Thema im Landtag ist die **Aufstellung des Staatshaushalts für die Jahre 2013 und 2014**. Es ist ein **Haushalt der Superlative**, ein Haushalt, der den Erfolg der Finanzpolitik der CSU-geführten Staatsregierung der letzten Jahre und Jahrzehnte in Zahlen gießt und nachgerade paradigmatisch verkörpert. Ministerpräsident Horst Seehofer und Finanzminister Dr. Markus Söder haben der CSU-Fraktion am vergangenen Mittwoch vom Ergebnis der Kabinettsklausur in St. Quirin, die sich mit dem kommenden Doppelhaushalt befasst hat, berichtet. Demnach wird Bayern auch für 2013/2014 nunmehr im achten und neunten Jahr in Folge einen allgemeinen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen. Im Doppelhaushalt 2013/2014 wird darüber hinaus mehr als eine Milliarde Euro Schulden getilgt, exakt sind es 1060 Millionen Euro, die in den kommenden zwei Jahren regulär an Schulden abgebaut werden. Damit wird Bayern innerhalb von drei Jahren mehr als zwei Milliarden Euro Schulden abgebaut haben, fast zehn Prozent der Gesamtschulden im allgemeinen Haushalt. In ganz Deutschland und ganz Europa gibt es kein anderes Land, das dies schafft. Die Zinsquote wird in Bayern auf diese Weise von 2,5 Prozent in 2012 auf 2,1 Prozent 2013 und 2,0 Prozent 2014 sinken. Damit steigt der Gestaltungsspielraum für

Investitionen in Familie, Bildung und Innovationen. Man muss sich diesbezüglich immer wieder den Vergleich mit den Flächenländern West, also den Flächen-Bundesländern im alten Bundesgebiet vor Augen halten: dort liegt die Zinsquote im Schnitt bei 6,4 Prozent. Auch diese Zahlen belegen, dass der Freistaat Bayern dank seiner soliden Finanzen in seiner Gestaltungskraft allen anderen Ländern in Deutschland meilenweit überlegen ist. Mit einem Gesamthaushaltsvolumen von 46,5 Milliarden Euro im Jahr 2013, 48 Milliarden 2014 und einer dauerhaft hohen Investitionsquote von weiterhin über 12 Prozent, was in absoluten Zahlen 11 Milliarden Euro entspricht, schafft Bayern eine ideale Grundlage, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Kein anderes Land in Deutschland kann so hohe Investitionen stemmen. Und dies, obwohl der Freistaat parallel dazu in den kommenden beiden Jahren rund acht Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich abführen muss. Und Rücklagen bildet der Freistaat in den nächsten beiden Jahren obendrein, um in schwierigeren konjunkturellen Zeiten reagieren zu können: in Höhe von knapp 2,3 Milliarden Euro.

Eine welch herausragende Leistung dies alles ist, zeigt sich vor allem beim **Vergleich mit den Bundesländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen** (NRW): Die Pro-Kopf-Verschuldung wird in Bayern Ende 2014 bei 2.424 Euro liegen. Im von seiner Wirtschaftskraft her vergleichbaren Baden-Württemberg wird sie doppelt so hoch liegen, im von der Bevölkerungszahl her vergleichbaren NRW gar viermal so hoch – und dies, obwohl beide Bundesländer bei der bayerischen Größenordnung der Investitionen in Höhe von elf Milliarden Euro bei weitem nicht mithalten können. Kurz zusammengefasst und auf den Punkt gebracht: Bayern zahlt mehr als eine Milliarde Euro Staatsschulden zurück und baut Rücklagen in Höhe von knapp 2,3 Milliarden Euro auf, während Baden-Württemberg, also die an sich als sparsam geltenden Schwaben, 3,1 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen.

Zudem schafft der Freistaat Bayern in den kommenden zwei Jahren 1.309 zusätzliche Lehrerstellen, obwohl die Schülerzahl zurückgeht, während Baden-Württemberg in den kommenden Jahren 11.600 Lehrstellen streichen will. Da erübrigt sich eigentlich jeder weitere Kommentar. Und doch kann ich es mir nicht verkneifen, Ihnen/Euch einen solchen Kommentar mitzuschicken. Er stammt aus Spiegel-Online – einer konservativen Ausrichtung fürwahr unverdächtig – und ist am 10. Juli 2012 erschienen. Dort heißt es über die grün-rote baden-württembergische Landesregierung wörtlich:

„Stuttgart - Es gehört zu den unangenehmen Dingen des Regierens, unpopuläre Entscheidungen zu verkünden - zumal, wenn sie im Widerspruch zu dem zu stehen scheinen, was man dem Wahlvolk einst versprochen hatte. Beim Start der grün-roten Koalition in Baden-Württemberg hatte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), von Beruf Lehrer, noch einen "echten Bildungsaufbruch" angekündigt. Und tatsächlich schaffte die neue Regierung [die Studiengebühren im Südwesten ab](#) und stärkte [die Uni-Demokratie](#). Doch jetzt kündigte Kretschmann herbe Einschnitte bei den Schulen an. In den kommenden Jahren will er rund 11.600 Lehrstellen streichen, weil gespart werden müsse. Bislang unterrichten an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg gut 99.000 Lehrkräfte. Die Zahl der Schüler war in den vergangenen fünf Jahren um rund 15.000 pro Jahr gesunken und lag zuletzt bei gut 1,2 Millionen. "Selbstverständlich wird das Kultusministerium in erheblichem Umfang beitragen müssen zur Sanierung des Haushalts", sagte Kretschmann und reagierte damit auf einen Appell des Rechnungshofs. Das sei in die mittelfristige Finanzplanung schon eingepreist. "Die 8.055 Stellen werden selbstverständlich wegfallen bis 2020." Hinzu komme, dass die frühere schwarz-gelbe Regierung mehr als 3.500 Lehrstellen geschaffen habe, die von 2013 an nicht durchfinanziert seien. Grün-Rot habe kein Geld, um für diese Stellen noch lange aufzukommen, hieß es in Regierungskreisen. Der Landesrechnungshof hatte am Montag sogar gefordert, 14.100 Lehrstellen zu streichen. Es könne nicht sein, dass die Zahl der Schüler immer weiter sinke und die Zahl der Lehrer steige oder gleich bleibe. Ohne Abstriche könne das Land seinen Haushalt nicht sanieren, hatte Rechnungshofpräsident Max Munding argumentiert.“

So weit der erhellende Bericht aus Spiegel-Online.

Mit dem neuen Doppelhaushalt setzt die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung zudem die **Zukunftstrategie Aufbruch Bayern** fort. Sie bringt gezielte und massive Investitionsschwerpunkte - in die Stärke des Wirtschaftslands Bayern, in das Bildungs- und Kulturland Bayern und in das Familienland Bayern. Mit BAYERN DIGITAL wird eine umfassende Strategie gestartet, um die Chancen der digitalen Revolution für die Menschen in ganz Bayern zu nutzen. Für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat mit modernster Breitbandinfrastruktur werden im Doppelhaushalt 2013/2014 jeweils 200 Millionen Euro pro Jahr bereitgestellt. Des Weiteren werden e-Government und Cyber Security ausgebaut. BAYERN DIGITAL bringt auch Investitionen in die Zukunftsfelder Lernen, Arbeiten, Mobilität, Gesundheit und Wohnen. Damit greift die Staatsregierung in ihrem Haushaltsentwurf die programmatischen Vorstellungen der Fraktion und insbesondere der „Jungen Gruppe“ auf, die die Landtagsfraktion in ihrer Resolution „Der bayerische Weg – selbstbestimmt, vorausschauend, einzigartig“ auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth im Januar dieses Jahres beschlossen hatte.

Zur **Umsetzung der Energiewende** und zur Verbesserung des Klimaschutzes werden 2013 und 2014 jedes Jahr ca. 260 Millionen Euro investiert. Schwerpunkte hier sind anwendungsorientierte Forschung und Technologietransfer.

Die Stärkung des **Bildungs- und Kulturlands Bayern** durch 1309 neue Lehrerstellen habe ich bereits erwähnt, zur Bewältigung des Anstiegs der Studierendenzahlen werden die Ausgabemittel im Wissenschaftsetat darüber hinaus um 57,5 Millionen Euro auf 302,5 Millionen Euro, also um über 20 Prozent, erhöht. Mit einem neuen Kulturkonzept soll zudem das große Potenzial der bayerischen Kulturlandschaft noch besser ausgeschöpft werden. Bayern gibt insgesamt jährlich ca. 630 Millionen Euro an Haushaltsmitteln für Kultur aus.

Auch für die **Familien** ist und bleibt Bayern in den nächsten Jahren die Nummer eins. Als einziges Land in Deutschland gibt der Freistaat seinen Kommunen eine Krippenausbaugarantie. Jeder Platz, für den die Kommune einen Bedarf sieht, wird vom Freistaat gefördert. Insgesamt stehen für die Kommunen in Bayern für 2013 und 2014 436 Millionen Euro für den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren bereit, davon 317,3 Millionen Euro an Landesmitteln. Zudem wird die Qualität in der Kinderbetreuung weiter verbessert. Bayern wird auch 2013 und 2014 seine Städte und Gemeinden mit jeweils mehr als einer Milliarde Euro bei den laufenden Kinderbetreuungskosten bezuschussen.

Der Doppelhaushalt 2013/2014 ist damit Bayerns Antwort auf die Schuldenkrise in Europa.

Auch aus dem Bereich der **Bayerischen Landesbank** (Bayern LB) gibt es **erfreuliche Nachrichten**. Ministerpräsident Horst Seehofer und Finanzminister Dr. Markus Söder haben ihre Gespräche mit der Europäischen Kommission zur Bayerischen Landesbank erfolgreich abgeschlossen und am vergangenen Montag in Brüssel durch einen Handschlag, den so genannte handshake, besiegelt. Nun ist klar: Die Bayern LB hat eine Zukunft. Das Geschäftsmodell der Bayern LB ist von den europäischen Behörden anerkannt. Die Bank wird bis 2019 fünf Milliarden Euro an den Freistaat zurückzahlen. Dies ist auch im Hinblick auf andere Landesbanken ein großer Erfolg, da beispielsweise gerade die WestLB, früher die größte Landesbank in Deutschland, abgewickelt wird und andere Landesbanken kein Geld zurückzahlen.

Konkret wird die Zukunft der Bayern LB folgendermaßen aussehen: Die Bilanzsumme wird um die Hälfte reduziert, die Bank wird sich auf ihr Kerngeschäft, die Finanzierung des bayerischen Mittelstands, konzentrieren. Bei allen Entscheidungen hat die Stabilität der Bank oberste Priorität. Bis 2019 soll die Rückzahlung von fünf Milliarden Euro erfolgen. Zwischen 2020 und 2030 soll die Bank für einen Verkauf auf dem Markt platziert werden. Das Ziel ist, dass die Landesbank auf diese Weise ihre vom Freistaat eingeräumten Kredite in Höhe von zehn Milliarden Euro vollständig zurückerhält.

So weit meine aktuellen Betrachtungen und die wichtigsten aktuellen Themen aus dem Landtag. Ihnen/Euch allen wünsche ich nun eine gedeihliche Lektüre – und verbleibe mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Ihr/Euer

Handwritten signature of Gerhard Liebich in blue ink.

Bildungsland Bayern: Qualität und Gerechtigkeit – Der bayerische Weg

In seiner **Regierungserklärung** am 19. Juni erläuterte **Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle** im Bayerischen Landtag, **was den erfolgreichen bayerischen Weg in der Bildungspolitik ausmacht.**

Er bekannte sich klar zum **differenzierten Schulwesen** und dessen Weiterentwicklung. **Jedes Kind** habe in Bayern die **Chance, seine Talente und Begabungen zu entwickeln.** Er wolle **keine Einheitsschule** für alle, sondern den **individuellen Bildungserfolg.**

Die **hohe Durchlässigkeit** des bayerischen Schulwesens gewährleiste, dass es **keinen Schulabschluss ohne Anschluss gebe.**

Zur **Bildungsgerechtigkeit** gehöre auch, dass jeder Schülerin und jedem Schüler mit entsprechenden Leistungen die Möglichkeit eröffnet wird, **in der Heimatregion jeden Bildungsabschluss** erreichen zu können. Das schaffe Bayern durch eine **gleichmäßige Versorgung mit Schulangeboten in Stadt und Land.**

Der Kultusminister machte zudem deutlich, wie wichtig **Verlässlichkeit und Stabilität in der Bildungspolitik** sind. Nach wichtigen Reformschritten, wie der Umsetzung der Mittelschule und der Einführung des achtjährigen Gymnasiums, können sich die Menschen in Bayern eines **verlässlichen pädagogischen Rahmens** für unsere Schulen sicher sein.

In der anschließenden Aussprache zur Regierungserklärung hob Georg Eisenreich, bildungspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion, hervor, dass **Bildung in Bayern ein Investitionsschwerpunkt bleibt.** Das Ziel der CSU-Fraktion sei, die **Rahmenbedingungen weiter zu verbessern, die Ganztagsangebote bedarfsgerecht weiter auszubauen** und die **individuelle Förderung zu stärken.**

Die CSU-Fraktion denke **Bildung vom einzelnen Kind her** und führe in diesem Sinne den **Dialog mit allen Beteiligten** weiter.

Dritte Start- und Landebahn sichert Wachstum und Arbeitsplätze in Bayern

Im Vorfeld des Münchner Bürgerentscheids hatte die CSU-Fraktion in einem **Dringlichkeitsantrag** noch einmal deutlich gemacht, dass die **dritte Start- und Landebahn am Flughafen München** eine **zukunftsweisende Infrastrukturmaßnahme für ganz Bayern** ist.

Der Flughafen ist **schon jetzt an seinen Kapazitätsgrenzen** angelangt. Nur mit dem Bau der dritten Start- und Landebahn ist die **Weiterentwicklung** des Flughafen **zu einem führenden europäischen Luftverkehrsdrehkreuz** möglich, kann die damit verbundene **wirtschaftliche Dynamik** für München, die umliegende Region und den gesamten Freistaat genutzt und können die Möglichkeiten für **neue und zukunftssichere Arbeitsplätze** ausgeschöpft werden.

Wir haben die Staatsregierung daher aufgefordert, das **Ausbauprojekt unter der Voraussetzung**, dass es von der Flughafen München GmbH **aus eigener finanzieller Kraft** bestritten wird, als einer der drei Gesellschafter der Flughafen München GmbH **weiterhin zu unterstützen**.

Die Staatsregierung soll sich **außerdem dafür einsetzen**, dass der seit

langem geführte **intensive Dialog** mit den betroffenen Anwohnern **unvermindert fortgeführt** und gemeinsam mit den Bürgern ein **bestmöglicher Ausgleich zwischen den gesamtstaatlichen Chancen und den berechtigten Anliegen der betroffenen Anwohner** gefunden wird.

Daneben haben wir das **Thema „Ja zur 3. Startbahn – Ja zu Chancen für Flughafen, Region und ganz Bayern“** zum Gegenstand einer **Aktuellen Stunde** im Bayerischen Landtag gemacht.

Die CSU-Fraktion **respektiert die Entscheidung der Münchner Bürgerinnen und Bürger**, die sich mehrheitlich gegen den Flughafenausbau ausgesprochen haben. Dennoch sind wir **nach wie vor der Überzeugung**, dass der Ausbau des Flughafens München **für ganz Bayern und seine Zukunft von elementarer Bedeutung** ist. Im Interesse des ganzen Landes werden wir das Projekt der dritten Start- und Landebahn deshalb **weiter vertreten und voranbringen**.

Der Bürgerentscheid bedeutet nicht zwingend das Aus für die dritte Startbahn. Über das weitere Vorgehen werden wir in den nächsten Monaten beraten.

Faire GEMA-Gebühren für Musiknutzer, Musikschaaffende und Künstler

Die ab 2013 geltende neue Tarifstruktur der GEMA würde dazu führen, dass viele Musikveranstalter **künftig ein Vielfaches der bisher fälligen Vergütung** zu entrichten hätten.

Die CSU-Fraktion hat vor diesem Hintergrund in einem **Dringlichkeitsantrag** deutlich gemacht, dass ein **ausgewogenes Tarifsysteem** für die Nutzung von Musik sowohl im Interesse der Rechteinhaber als auch der Abnehmerseite liegt. Dabei müssen **auch die Interessen von gemeinnützigen Organisationen, ehrenamtlich Tätigen und Kleinbetrieben** ausreichend berücksichtigt werden, da diese nicht in der Lage sind, höhere Kosten einzupreisen. Auch dürfen **Nachwuchskünstlern** keine Auftrittsmöglichkeiten durch bürokratische und realitätsferne Gebühren entzogen werden.

Unser **Appell an die GEMA** ist daher, die **neue Tarifstruktur** unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte zu **überprüfen** und im **bevorstehenden Schiedsstellenverfahren dafür Sor-**

ge zu tragen, dass die **Tarife entsprechend überarbeitet** werden.

Außerdem soll **wohlwollend geprüft** werden, ob es zum Beispiel zur **Nachwuchsförderung zu kostenfreien Aufführungen** auch mit GEMA-Repertoires kommen kann. Auch soll ermöglicht werden, dass **künftig unbürokratisch und damit leichter titelgenau abgerechnet** werden kann.

Die **bisherige Tarifstruktur** soll zudem **bis zum Abschluss des Schiedsverfahrens auch über den 31. Dezember 2012 hinaus beibehalten** werden.

Ferner haben wir die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag nach Abschluss des Schiedsverfahrens **schriftlich zu berichten**, ob die gesetzlichen Grundlagen des Schiedsverfahrens einen fairen Interessenausgleich zwischen Urhebern und Musikveranstaltern gewährleisten oder **ob gesetzgeberischer Reformbedarf** besteht.

Bayerisches Landesplanungsgesetz verabschiedet – gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Der Bayerische Landtag verabschiedete das **neue Landesplanungsgesetz**, das die Grundlage für eine **umfassende Reform der Landesplanung** in Bayern bildet.

Oberstes Ziel der Landesplanung sind **gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in Bayern** – sowohl in den ländlichen Räumen als auch in den Städten.

Das neue Landesplanungsgesetz zeichnet sich durch **Entbürokratisierung und Deregulierung** aus. So fällt beispielsweise die **untere Landesplanungsbehörde weg**. Außerdem sollen **Raumordnungsverfahren künftig nach Bedarf** und nicht nach festen Terminen eingeleitet werden.

Über die **regionalen Planungsverbände** können die **Kommunen** Einfluss auf die regionale Entwicklung nehmen. Wir fordern die Kommunen daher auf, zum Beispiel im Bereich der Energiewende, **ihre Mitgestaltungs-**

möglichkeiten umfangreich zu nutzen.

Im **Rahmen der parlamentarischen Beratungen** hat die **CSU-Fraktion** den Gesetzentwurf der Staatsregierung noch **an einer wichtigen Stelle verändert**. Neben den Themen Siedlungsstruktur, Verkehr, Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Energieversorgung und Freiraumsicherung werden **künftig auch die Bereiche Bildung und Kultur sowie Gesundheit und Soziales** Gegenstand der Landes- und Regionalplanung sein.

Nulltoleranzregelung für Grüne Gentechnik bei Lebensmitteln beibehalten – Entscheidungsfreiheit der Verbraucher erhalten!

Um für die Verbraucherinnen und Verbraucher die **größtmögliche Transparenz zu erhalten**, brauchen wir die **klare Trennung in gentechnikfreie und gentechnikbehandelte Lebensmittel**. Der Wegfall der Nulltoleranzregelung und die Einführung eines Schwellenwertes würden dazu führen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher Bestandteile in ihrer Nahrung befürchten müssten, die sie klar ablehnen.

Aus diesem Grunde haben wir die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, sich für die **Beibehaltung der Nulltoleranzgrenze für nicht zugelassene Grüne Gentechnik bei Lebensmitteln** einzusetzen und dem **Vorschlag der EU-Kommission zur geplanten Lockerung entgegen zu treten**. Lebensmittel, die gentechnisch veränderte Substanzen beinhalten, sind **zudem zu kennzeichnen**.

Vorhandene Kompetenzen und Potenziale im Bereich des unbemannten Fliegens weiter ausbauen!

Die Technologie des unbemannten Fliegens **eröffnet neue Perspektiven** ohne bei Flügen mit Menschen limitierende Faktoren wie Ermüdung, Gefährdung oder die Notwendigkeit techni-

scher Ausstattung. Da die Piloten sich am Boden im Schichtbetrieb abwechseln können, **ermöglicht sie eine Flugdauer von mehreren Tagen**. Gerade für den **Katastrophenschutz**, die

zivile Sicherheit oder **wissenschaftliche Forschungszwecke** können UAVs (unmanned aerial vehicles) gewinnbringend eingesetzt werden.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung daher in einem **Antrag** aufgefordert, sich **beim Bund dafür einzusetzen**, dass die **in Bayern vorhandenen Kompetenzen** im Bereich des unbemannten Fliegens **weiter ausgebaut** werden. Durch den **Abschluss von Entwicklungsverträgen** sollen die bestehenden Potenziale im hochtechnologisierten und zukunftsweisenden Bereich des unbemannten Fliegens **langfristig in Bayern erhalten** werden.

Ferner soll sie sich beim Bund und auf europäischer Ebene für eine **Kooperation mit den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union** einsetzen, mit dem **Ziel eines gemeinsamen Entwicklungsprojekts für militärisch genutzte UAVs**.

Die Entwicklung von UAVs soll die Staatsregierung **weiterhin beobachten** und deren **Einsatzmöglichkeiten für Aufklärungszwecke** im Bereich der Inneren Sicherheit und des Katastrophenschutzes **prüfen**.

Zukunft des Bayerisch-Amerikanischen-Zentrums

Die in der Öffentlichkeit diskutierten Pläne, die Räumlichkeiten des Amerikahauses nicht nur zu sanieren, sondern auch eine Neuverteilung des dortigen Platzangebots unter Einbezug der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften (acatech) folgen zu lassen, müssen von Anfang an **in möglichst hohem Einvernehmen mit den Beteiligten** und, soweit die Unterbringung Korrekturen erfahren wird, den Betroffenen **schnell in Angriff genommen und zügig umgesetzt** werden.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Staatsregierung in einem **Antrag** aufgefordert, **möglichst rasch und um-**

fassend zu berichten, wie konkret die Zukunft des dank der Unterstützung des Freistaates in einer dynamischen Entwicklung agierenden **Bayerisch-Amerikanischen-Zentrums gesichert** wird.

Im Vorgriff auf die spätere Etablierung der acatech soll sie zudem über **alle mit der Wissenschaftsorganisation verabschiedeten und noch zu treffenden Absprachen** zur Unterbringung (insbesondere Raumbedarf) und zum **Verbleib der acatech** in Bayern **berichten**.

Außerdem soll die Staatsregierung die **künftigen Vertragspartner frühzeitig in die Konzeptberatung einbeziehen**.

Probeweise Verlegung des ITH Christoph Nürnberg nach Roth

Die von der **Bedarfsanalyse zur Luftrettung in Bayern 2009** festgestellte **Notwendigkeit zur Verbesserung der Situation im südwestlichen Mittelfranken und nordwestlichen Schwaben** kann derzeit nicht über eine gemeinsame Lösung mit Baden-Württemberg oder einen zusätzlichen Rettungshubschrauberstandort in Bayern gelöst werden.

Es ist daher vorgesehen, eine Verbesserung der Versorgung dieses Bereichs über einen **dual use-Betrieb des ITH Christoph Nürnberg** vom Standort Roth aus **über einen Zeitraum von ca. einem Jahr zu testen**. Um sicherzustellen, dass hierdurch nicht eine Verschlechterung der Luftrettungssituation im Großraum Nürnberg/Erlangen eintritt, werden derzeit vom Bayerischen Staatsministerium des Innern **umfassende Einsatz-**

daten für das Jahr 2011 erhoben und analysiert.

Die CSU-Fraktion **begrüßt die beabsichtigte Verlegung des ITH Christoph Nürnberg für einen Probebetrieb** voraussichtlich ab dem 1. Januar 2013.

Wir haben die Staatsregierung aber aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit so bald wie möglich **über die bisherigen Einsatzdaten zu berichten**. Außerdem soll sie **nach Abschluss des Probebetriebs einen umfassenden Bericht über die Auswertung der konkreten Einsatzdaten**, insbesondere über die Veränderungen der Auslastungen/Nutzung der beiden Maschinen im Vergleich zum alten Stützpunkt, geben.

Behandlungsmöglichkeiten bei Onlinesucht

Internetsucht ist bislang noch nicht in die internationale Klassifikation psychischer Störungen aufgenommen und damit noch nicht als Krankheit anerkannt worden. Es gibt verschiedene Krankheitsbeschreibungen mit teils unterschiedlichen Diagnosekriterien. Jedoch zeigt sich, dass sich die Problematik des exzessiven Internetgebrauchs **zunächst als progressiver Verlust der Fähigkeit zeigt, die Dauer der Internetaktivitäten zu begrenzen**. Dies führt mit wachsendem Ausmaß zu

dramatischen psychosozialen Konsequenzen, zum Beispiel bei Jugendlichen zum Schulabbruch oder bei Erwachsenen zu Arbeitslosigkeit, Verwahrlosung der eigenen Kinder etc.

Wir haben die Staatsregierung daher in einem **Antrag** aufgefordert **zu berichten**, welche **Forschungsergebnisse** zu den Erfolgsaussichten verschiedener psychotherapeutischer Methoden bei der Behandlung von pathologischer Internetsucht vorliegen.